

- gegen Schlepperorganisationen härter vorzugehen und deren Bestrafung drastisch heraufzusetzen;
- die Unterzeichnung des Erstasylabkommens voranzutreiben;
- die Liste der safe countries zu erweitern und ständig anzupassen;
- die gesetzlich geforderte Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber durch die Kantone mit allem Nachdruck durchzusetzen;
- eine Quotenregelung im Asylwesen einzuführen.

Sprecher: Fischer-Hägglingen

285/90.440 M Sozialdemokratische Fraktion – Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 (20. März 1990)

In Ergänzung des Auftrages der Bundesversammlung an den Bundesrat zu einer primär formalen Verfassungsrevision (BBl 1987 II 963) wird der Bundesrat neu anstelle einer Ermächtigung mit Nachdruck beauftragt, in den Varianten eine inhaltliche Totalrevision vorzubereiten.

Anzustreben ist eine Verfassung, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht werden soll. Sie könnte sich in etwa durch folgende inhaltliche Merkmale auszeichnen:

- zeitgemässe demokratische Institutionen
- ökologische Ausrichtung
- sozial verpflichtete Wirtschaft und Technologie
- zukunftssträchtige humane und soziale Sicherungen
- kulturelle und ethnische Vielfalt
- europäische Zugehörigkeit und Weltoffenheit
- Solidarität mit der Dritten Welt
- zivile Sicherheitsstrukturen

Die Verfassungsvarianten sind in Zusammenarbeit mit breiten Bevölkerungskreisen zu entwickeln und in einem Verfassungsrat politisch zu verarbeiten.

Sprecher: Zbinden Hans

286/90.537 I Sozialdemokratische Fraktion – Vorkommnisse in der Bundesanwaltschaft (7. Juni 1990)

Aufgrund der Lektüre des Ergänzungsberichtes der PUK drängen sich folgende Fragen auf:

1. Ist der Bundesrat bereit, alle in Spezialkarteien wie Verdächtigtenlisten, Verdächtigten- und Extremistenkartei Verzeichneten analog des EMD zu informieren?
2. Ist der Bundesrat bereit, sich auf die Suche nach den Mikrofilmen zu machen, von denen offensichtlich drei Kopien erstellt wurden und nur mehr der Aufenthaltsort einer einzigen bekannt ist, und das Parlament zu informieren?
3. Dem Zusatz-Bericht der PUK ist zu entnehmen, dass sich der für die Durchführung der untersuchten Operationen verantwortliche Beamte der BA wegen «Gefahr der Selbstbelastung» auf das Zeugnisverweigerungsrecht beruft. Ist der Bundesrat bereit, den Verdacht auf strafbare Handlungen durch Beamte der Bundesanwaltschaft in diesem Fall und generell untersuchen zu lassen, und zwar durch eine Person, bei welcher die nötige Unabhängigkeit von der Bundesanwaltschaft gewährleistet ist? Ist er bereit, die Beamten, bei denen ein Verdacht unkorrekter oder illegaler Handlungen besteht, unverzüglich vom Dienst zu suspendieren? Welche Massnahmen kehrt der Bundesrat vor, um der Gefahr der Spurenverwischung in der Bundesanwaltschaft entgegenzutreten?
4. Wieso wurde – wie dies der Zusatzbericht der PUK I festhält – deren Arbeiten durch den Bundesrat behindert? Ist der Bundesrat bereit, künftig, etwa gegenüber den PUK II, darauf zu verzichten, die parlamentarische Arbeit unnötig zu erschweren?
5. Wie erklärt sich der Bundesrat den Umstand, dass alle administrativ und politisch Verantwortlichen sich an nichts mehr erinnern können?
6. Aufgrund des Zusatz-Berichtes der PUK I wurden Telegramme systematisch und widerrechtlich kopiert und der Bundesanwaltschaft zugestellt. Kann der Bundesrat ausschliessen, dass auch Telefongespräche illegal abgehört worden sind? Hat er sich in den vergangenen Monaten einen Überblick über die von der Bundesanwaltschaft getätigten Operationen verschafft?

Sprecher: Bodenmann

287/90.543 M Sozialdemokratische Fraktion – Spezialkarteien. Benachrichtigung der verzeichneten Personen (8. Juni 1990)

Aufgrund des Ergänzungsberichtes der PUK I steht fest, dass in diesen Karteien Personen verzeichnet sind, deren Registrierung grotesk ist. Dazu kommt, dass die registrierten Personen und Inhalte mit denen der Hauptkartei nicht in allen Fällen deckungsgleich sind. Aus diesen Gründen wird der Bundesrat beauftragt, seine Verordnung in dem Sinne zu ändern, dass analog der Benachrichtigungspraxis des EMD die in Spezialkarteien erfassten Bürgerinnen und Bürger über die Tatsache der Registrierung von Seiten des Fichendelegierten automatisch benachrichtigt werden.

Sprecher: Hubacher

288/90.735 M Sozialdemokratische Fraktion – Energiepolitischer Aktionsplan (26. September 1990)

Nach Annahme der Moratoriums-Initiative durch Volk und Stände laden wir den Bundesrat ein, umgehend einen energiepolitischen Aktionsplan zu erarbeiten.

Der Aktionsplan muss mindestens folgende Bereiche und Massnahmen umfassen:

1. Energiepolitisches Gesetzgebungsprogramm (inhaltlich und zeitlich), namentlich bezüglich Energienutzungsbeschluss, Energiegesetz, Energieabgabe und Tarifgrundsätze.
2. Ausbau der Impulsprogramme zur rationellen Energienutzung sowie Verbindlicherklärung der Richtlinien des EVED vom Mai 1989 betreffend leistungsgebundener Energien.
3. Erweiterung der Rahmenkredite für Pilot- und Demonstrationsanlagen zur Anwendung einheimischer, umweltverträglicher Energieträger sowie konsequente Förderung alternativer Energien, vorab im Bereich der Sonnenenergie.
4. Konkrete Zielsetzung und Massnahmenplan zur Senkung des Energieverbrauchs der gesamten Bundesverwaltung (zum Beispiel Stabilisierung des Verbrauchs innerhalb von 5 Jahren, danach Verbrauchssenkung von 1 % pro Jahr).
5. Unterstützung der Kantone bei ihren eigenen Bemühungen um die rationelle Energienutzung.
6. Öffentliche Auszeichnung von vorbildlichen Projekten der rationellen Energienutzung und der Anwendung alternativer Energieträger im Sinne von gezielten statt diffuser Motivation.
7. Richtlinien für Leistungsaufträge für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen.
8. Strikte Beschränkung der kerntechnischen Forschung auf Sicherheitsaspekte der bestehenden AKW und Sistierung aller anderen Kernenergie-Forschungsprogramme.
9. Auflage an die schweizerische Elektrizitätswirtschaft, die Beteiligungen an ausländischen AKW strikte auf dem Stand 23. September 1990 zu plafonieren.
10. Aufstockung des Stilllegungsfonds sowie Erhöhung der Haftpflicht bei Kernereignissen.

Sprecherin: Mauch Ursula

289/90.756 M Sozialdemokratische Fraktion – UNO-Beitritt (1. Oktober 1990)

Der Bundesrat wird eingeladen, den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) erneut in die Wege zu leiten und den eidgenössischen Räten eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Sprecher: Rechsteiner

× 290/90.768 M Sozialdemokratische Fraktion – Abschöpfung von Planungsgewinnen (3. Oktober 1990)

Der Bundesrat stellt dem Parlament Antrag zur Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen, die ihn berechtigen,

1. Den Kantonen eine Frist von drei Jahren zu setzen, innert welcher diese gemäss Artikel 5 des Raumplanungsgesetzes die angemessene Abschöpfung von erheblichen Vorteilen aus planerischen Festlegungen regeln müssen;
2. In säumigen Kantonen, die ungerechtfertigten Planungsgewinne stellvertretend unter Kostenfolge abzuschöpfen;